

W	WELS	Büro des Bürgermeisters
Eingel.	12. Dez. 2025	
am	12.12.2025	
Tgb.Nr.	49956	W.R.

Wels, 12. Dezember 2025

Dringlichkeitsantrag gemäß § 7 GOGR

Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion stellt gemäß §18 Absatz 5 StW. 1992 § 7 GOGR für die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wels am 15.12.2025 folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. „Der Dringlichkeitsantrag entspricht den Formerfordernissen nach § 7 Abs 1 GOGR.“
2. Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert die Bundesregierung und den Nationalrat auf, von einer Erhöhung der Grundsteuer abzusehen, weil damit eine Steigerung der Wohn- und Mietkosten zu befürchten ist und die Inflation angefacht wird.

Begründung:

In den letzten Monaten wird vermehrt darüber diskutiert, ob die Grundsteuer erhöht wird um den Gemeinden zusätzliche Einnahmen zu sichern. Hintergrund dieser Diskussionen ist, dass die Gemeinden zwar ständig mit zusätzlichen Ausgaben betraut werden, die finanzielle Abgeltung aber oft nicht erfolgt. Dies führt dazu, dass immer mehr Abgangsgemeinden bestehen und in der Folge die Gemeindeautonomie untergraben wird.

Um die finanzielle Stabilität der Gemeinden auf Dauer sicher zu stellen, sollte es nicht zu weiteren Steuererhöhungen kommen, sondern müssten die bestehenden Einnahmen umverteilt werden. Dazu ist es erforderlich, dass einerseits der Finanzausgleich neu verhandelt und den Gemeinden ein größerer Anteil zugesprochen wird, andererseits sollten die ausschließlichen Bundesabgaben in die Berechnungsgrundlage für den Finanzausgleich mit einbezogen werden.

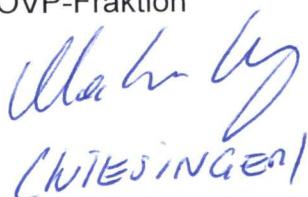
Zusätzlich ist bei einer Erhöhung der Grundsteuer zu erwarten, dass diese im Rahmen der Betriebskosten an die Mieter weiterverrechnet wird. Das führt zu weiter steigenden Wohn- und Mietkosten und wirkt sich damit auch negativ auf die Inflationsentwicklung aus.

Begründung zur Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der derzeit laufenden bundespolitischen Diskussion und der Tatsache, dass nicht abschätzbar ist, wann konkret der Bund diesbezüglich eine Entscheidung treffen wird.

Berichterstatter Bgm. Dr. Andreas Rabl

Für die FPÖ-Fraktion und für die ÖVP-Fraktion


Michael Chiesingen


Dr. Andreas Rabl

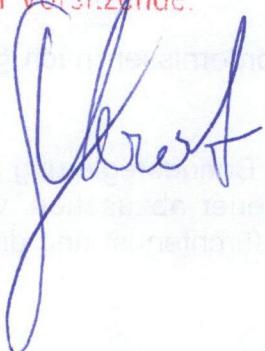
Beschluss des Gemeinderates

vom..... 15.12.25

Antrag

einstimmig - mit Stimmenmehrheit
angenommen - abgelehnt zurückgestellt

Der Vorsitzende:



22 JA (FPÖ, ÖVP, HFG, NEOS)

4 NEIN (GRÜNE)

8 ENTH. (SPÖ)